

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 03.05.2007**

***öffentlich***

---

**Ort:** Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 19.00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	CDU	
Frau Heike Wießner	SKE	
Frau Ute Haupt	Die	
Linkspartei. PDS		
Herr Hendrik Lange	Die	Teilnahme von 16.15 Uhr bis 19.00 Uhr
Linkspartei. PDS		
Frau Gertrud Ewert	SPD	i.V. Herr Michael Zeidler
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR	
HALLE.		
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Leonhard Dölle	Diakoniewerk	
Frau Beate Gellert		
	Stadtjugendrin	
g		
Frau Antje Klotsch		Teilnahme von 16.15 Uhr bis 19.00 Uhr
	Arbeiterwohlfa	
hrt KV Halle e. V.		
Herr Uwe Kramer		
	Stadtjugendrin	
g		
Herr Dr. Peter Piechotta	DPWV	Teilnahme von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Herr Winfried Weber		
	Caritasverban	
d Halle e. V.		
Herr Helmut Becker		Teilnahme von 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Herr Herbert Jomrich	beratend	Teilnahme erfolgte von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Frau Peggy Rarrasch	beratend	
Herr Lothar Rochau	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Oberbürgermeisterin Dagmar	Szabados	
	OB	
Herr Uwe Weiske	Verw	

### Entschuldigt fehlen:

Herr Gebauer		
Frau Renate Leonhard		
Herr Max Privorozki		
Herr Torben Sarunski	beratend	
Frau Dr. Christine Slomka		Entschuldigt
Frau Susanne Wildner	Verw	Entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.07  
(diese wird nach versendet)
- 4. Vorstellung des Vereins Kunstwerkstatt e.V.
- 5. Vorstellung des Vereins Kahuza e.V.
- 6. Vorstellung des Projektes "Kinder gewinnen"  
Berichterstattung: Hallesche Sportjugend e.V.
- 7. Vorlagen
- 7.1. Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen  
Berichterstattung: Frau Christine Günther, Drogenbeauftragte der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2007/06389
- 7.2. Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kernfragen  
-  
Vorlage: IV/2007/06304
- 8. Stand zum "Fanprojekt" der Stadt Halle (Saale)  
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 10. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 11. Anregungen
- 12. Mitteilungen

## **zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

Es waren keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde gekommen. Somit wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zusendung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Hanna Haupt** fragte nach Veränderungen zur Tagesordnung. Es gab keine Veränderungen, die Tagesordnung wurde bestätigt.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.07 (diese wird nach versendet)**

Der Niederschrift wurde ohne Änderungen zugestimmt.

## **zu 4 Vorstellung des Vereins Kunstwerkstatt e.V.**

**Frau Hanna Haupt** begrüßt den Vertreter, Herrn Siegert, des Vereins.

Herr Siegert stellte den Verein „Kunstwerkstatt e.V.“ vor.

Der Verein Kunstwerkstatt e.V. wurde am 26.05.2005 gegründet. Laut Satzung hat der Verein das Ziel, ein Kulturzentrum für Jugendliche zu erschaffen.

Dieses soll dem Austausch von Erfahrungen und Wissen, insbesondere im musikalischen Bereich, dienen. Der Verein möchte Jugendliche ideell und materiell unterstützen, ihre Kreativität fördern und sie in das gesellschaftliche und kulturelle Leben der Region integrieren.

Auf der Suche nach einem geeigneten Gebäude, das sich für Künstler aus verschiedenen Bereichen eignet (neben der Musik auch die darstellende Kunst, Tischlerei und Dekorationen), wurde dem heutigen Verein ein ehemaliges Firmengelände in der Hordorfer Straße 4 angeboten, für das im März 2002 die Nutzungsvereinbarung unterschrieben wurde. Für 2007 plant der Verein mehrere Aktivitäten von und für jugendliche Musiker. Zusätzlich zu den laufenden Angeboten für jugendlich Musikinteressierte ist der Verein auch weiterhin sehr stark mit der Sanierung des Gebäudes beschäftigt. Es sollen neue Veranstaltungsräumlichkeiten ausgebaut werden, eine neue Sanitäreinrichtung ist notwendig und das Dach muss repariert werden. Aus diesem Grund zählt auch die Sponsorensuche zu den Hauptaufgaben des Vereins im Jahr 2007.

Ab Mai will sich der Verein der Vernetzungsgruppe Mitte-Nord-Ost anschließen.

Der Verein ist auf dem Gebiet der Jugendhilfe tätig, verfolgt gemeinnützige Ziele und handelt im Sinne des Grundgesetzes. Er ist in der Lage, einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe zu leisten.

**Anfrage eines Mitgliedes (StR)**, inwieweit Verbindungen mit anderen Vereinen bestehen und ob mehr Kinder oder eher Jugendliche angesprochen werden.

Der **Vertreter** des Vereins antwortet, dass die Zusammenarbeit mit weiteren Vereinen geplant sei und auch schon bestehen. Zusammenarbeit erfolgt bereits z.B. mit LaBim und Rockstation.

Die Angebote des Vereins sprechen hauptsächlich Jugendliche an.

Anfrage durch ein **Mitglied (Freier Träger)**, inwieweit noch Proberäume zur Verfügung stünden.

Der **Vertreter** des Vereins antwortete, dass die Möglichkeit besteht noch Proberäume zur Verfügung zu stellen. Hier sollte Kontakt mit dem Verein aufgenommen werden.

**Herr Rochau** fragt an, wie die Finanzierung wie z.B. Betriebskosten etc. läuft.

Der **Vertreter** des Vereins führt hierzu aus, dass die Finanzierung über die Insolvenzverwaltung und geschlossene Nutzungsvereinbarung läuft.

Gebäudeversicherung etc. werden über den Verein und über die Einnahmen der Vermietung von Proberäumen beglichen.

**Herr Rochau** fragt weiter an, inwieweit „Ausschlussgründe“ für Bands und junge Musiker bestehen.

Der **Vertreter** des Vereins antwortet hierauf, dass bei offensichtlichen „Rechts gerichteten“ Musikern Ausschlussgründe bestehen.

**Frau Hanna Haupt** dankt dem Vertreter der Kunstwerkstatt e.V. und verwies darauf, dass über die Anerkennung des Vereins als freier Träger der Jugendhilfe im nichtöffentlichen Teil beraten wird.

## **zu 5      Vorstellung des Vereins Kahuza e.V.**

**Frau Hanna Haupt** begrüßt die Vertreterin des Kahuza e.V. Frau Wittkowski.

Frau Wittkowski stellt die Arbeit des Vereins den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Der Verein Kahuza e.V. wurde im April 2005 gegründet. Die Räume des Vereins befanden sich zunächst in der Magdeburger Straße. Von dort aus wurde das Projekt „Baumhaus“ geplant und entwickelt.

Nachdem ausreichend Spender und Sponsoren sowie ein passendes Gebäude gefunden wurden, konnte am 01.06.2006 das Haus feierlich eröffnet werden.

Das Haus, bestehend aus 3 Etagen, ist seitdem Anlaufpunkt für Kinder und Jugendliche. Sie finden dort zahlreiche Möglichkeiten, ihre Freizeit abwechslungsreich zu gestalten.

Ein Mutter-Kind-Bereich bietet jungen Müttern Raum zum Erfahrungsaustausch und verschiedene Beschäftigungsmöglichkeiten für die Kleinen.

Kinder und Jugendliche können im Essbereich mit Küche täglich Mittagessen erhalten.

Die Angebote im Haus sind kostenfrei.

Im Jahr 2006 begann Kahuza e.V. damit, Schulprojekte anzubieten und durchzuführen.

Kahuza e.V. ist weiterhin Begründer der Initiative MUK (ManagerInnen und

UnternehmerInnen für Kinder). Das erste MUK-Projekt wurde im Dezember 2005 realisiert .

Die Mitarbeiter des Kahuza e.V. (z.Z. 6 ABM-Kräfte, 10 Ehrenamtliche sowie Praktikanten) kommen aus verschiedenen Berufsrichtungen.  
Der Verein ist Mitglied in der Vernetzungsgruppe Mitte-Nord-Ost.  
Der Verein ist auf dem Gebiet der Jugendhilfe tätig, verfolgt gemeinnützige Ziele und handelt im Sinne des Grundgesetzes.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)**, wie sich die Altersstruktur darstellt.

Die **Vertreterin** des Vereins teilt mit, dass die Altersstruktur zwischen 10 und 21 Jahren liegt. Es kommen täglich zwischen 5 und 50 Kinder und Jugendliche in den Verein Kahuza.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, inwieweit Dienstpläne existieren, um die Vielfalt der Angebote abzusichern.

Die **Vertreterin** des Vereins teilt mit, dass Monatspläne zum Anfang des Monats aufgestellt werden, um die Angebote abzusichern.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, inwieweit die Mitarbeiter nur für bestimmte Projekte verantwortlich sind oder ob alle Mitarbeiter in allen Projekten einsetzbar sind.

Die **Vertreterin** des Vereins teilt hierzu mit, dass die Mitarbeiter nach allen Seiten offen sind und sich auch in allen Projekten einbringen können.  
Es gibt aber bestimmte Verantwortlichkeiten z.B. als Projektleiter.

Ein **Mitglied (Freier Träger)** fragt an, inwieweit Fachleute eingebunden sind und was zeichnet den Verein insbesondere aus.

Die **Vertreterin** des Vereins führt hierzu aus, dass Studenten aus den Bereichen Sozialpädagogik, Soziologie, Psychologie mit eingebunden werden.  
Den Verein zeichnet insbesondere aus, dass alle Angebote kostenfrei sind und das eine Vielfältigkeit von Angeboten vorgehalten werden.

Ein **Mitglied (Freier Träger)** fragt an, inwieweit Zusammenarbeit (Netzwerkarbeit) mit dem CVJM und der Wittkindschule besteht.

Die **Vertreterin** antwortet hierauf, dass Kontakte mit der Wittekindschule aufgenommen wurden. Mit dem CVJM existiert keine enge Zusammenarbeit.  
Zusammenarbeit erfolgt mit Unartig e.V.

Ein **Mitglied (Freie Träger)** fragt an, wo die Gelder für die benötigten Materialien herkommen.

Die **Vertreterin** teilt hierzu mit, dass dies über Spenden und Sponsoren sowie die Mitgliedsbeiträge finanziert wird.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, wie die Kinder und Jugendlichen auf den Verein aufmerksam werden.

Die **Vertreterin** führt hierzu aus, dass dies durch Öffentlichkeitsarbeit, Mund-Propaganda, und auch über Schulen erfolgt.

Ein **Mitglied (StR)** frag an, wie lange die ABM-Kräfte gesichert sind.

Die **Vertreterin** teil mit, dass die ABM-Kräfte bis Oktober 2007 gesichert sind.

**Frau Hanna Haupt** dankt der Vertreterin des Kahuza e.V. und verwies darauf, dass über die Anerkennung des Vereins als freier Träger der Jugendhilfe im nichtöffentlichen Teil beraten wird.

## **zu 6      Vorstellung des Projektes "Kinder gewinnen" Berichterstattung: Hallesche Sportjugend e.V.**

**Frau Hanna Haupt** begrüßt hier die Gäste des Stadtsportbundes Halle (Saale) Herrn Huth, Herrn Hebner und Frau Kresin.

**Herr Hebner** stellt das Projekt in einer Power-Point Präsentation vor.  
Herr Rochau bittet darum, die Präsentation zur Verfügung zustellen um diese der Niederschrift anzuhängen.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, wie auf die Kinder und Jugendlichen zugegangen wird und welche Resonanz ist für dieses Projekt zu verzeichnen?

**Herr Hebner** teilt hierzu mit, dass die Resonanz hervorragend war.  
Es konnten insgesamt 40 Einrichtungen zum mitmachen gewonnen werden (20 Kitas; 20 Schulen). Der Bedarf kann als enorm hoch bezeichnet werden.

**Herr Rochau** fragt an, wie sich hier die Krankenkassen verhalten.

**Herr Hebner** führt hierzu aus, dass noch keine Zusagen der Krankenkassen vorliegen aber Kontakte aufgenommen wurden.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, ob der SSB nur Anschieber oder auch Ausfühler ist.

**Herr Huth** teilt hierzu mit, dass der SSB Anschieber ist jedoch die Vereinsmitglieder die Ausfühler.

Ein **Mitglied (Freier Träger)**: Gibt es auch Weiterbildungen für Erzieherinnen?

Dieses Ziel wird in den Kitas angestrebt, teilt hier **Herr Huth** mit.

Ein **Mitglied (Freier Träger)**: Kann man sagen, dass dieses Projekt ein Modellprojekt für unsere Region ist oder bezieht man sich später nur auf „olympische Sportarten“?

**Herr Hebner** teilt mit, dass dieses Projekt für den Breitensport gedacht ist und nicht nur auf die Ausrichtung von „olympischen Sportarten“.

**Frau Hanna Haupt** bedankt sich bei den Vertretern des Stadtsportbundes Halle (Saale) für die Vorstellung des Projektes „Kinder gewinnen“.

## **zu 7        Vorlagen**

### **zu 7.1      Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen Berichterstattung: Frau Christine Günther, Drogenbeauftragte der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2007/06389**

**Frau Hanna Haupt** begrüßt Frau Günther, Drogenbeauftragte der Stadt Halle (Saale), zur Berichterstattung zum Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen. Der Bericht liegt allen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

**Frau Günther** stellt den Jahresbericht Netzwerk gegen Drogen den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Zur Prävention:

Die Dienstvereinbarung zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen und substanzbezogenen Störungen am Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung trat im August 2005 in Kraft.

Die DV strebt ein grundsätzliches Rauchverbot in der Stadtverwaltung an. Dieses wurde bisher nicht umgesetzt.

Nach wie vor verfügen die Schulen in Sachsen-Anhalt über keine Handreichung zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen an Schulen, wie sie in allen anderen Bundesländern vorliegen.

Die von der Drogenbeauftragten erarbeitete „Empfehlung für LehrerInnen zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen an Schulen im Land Sachsen-Anhalt“ wurden im Frühjahr 2005 dem Landesverwaltungsamt Abteilung Schule vorgelegt.

Es wurde mitgeteilt, dass ein „Rahmenkonzept zur Suchtvorbeugung für das Land Sachsen-Anhalt“ von der Landesstelle für Suchtfragen eine Handreichung für die Schulen vorläge. Aus Sicht der Stadt Halle handelt es sich jedoch um ein Rahmenkonzept, welches die rechtlichen und individuellen Bedürfnisse der LehrerInnen in keiner Weise berücksichtigt.

Zur Sucht- und Drogensituation:

Personelle Ressourcen in den drei Drogen- und Suchtberatungsstellen sind erhalten geblieben.

Drogenstreetwork ist nur bei DROBS gesichert.

AWO Drogenstreetwork läuft nur bis 31.12.2007 über das Fachkräfteprogramm des Landes.

Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der ARGE mit den SBS entsprechend § 16 SGB II (2) Nr. 4 liegt vor.

Die Klientenzahl der SBS von Heroin-/Kokainkonsumenten bewegen sich auf einem relativ gleichmäßigen Niveau.

Gestiegen sind seit 2004 die Anzahl der Beratungen.

In der Silberhöhe hat sich eine Szene von Substituierten und Alkoholabhängigen gebildet. Eine Gruppe der Substituierten ist aktuell in ein Tagelöhnerprojekt integriert.

Die Wartezeit auf eine Suchtberatung liegt gegenwärtig bei 1-2 Wochen.

Für Krisensituationen können in allen drei SBS die offenen Sprechzeiten (2 Tage in der Woche für jeweils 2 Stunden) für Erstgespräche genutzt werden.

2004 wurden gemäß des Gesetzes zur Neuordnung der Landesverwaltung der Sozialagentur die Aufgaben des Landes als überörtlicher Träger der Sozialhilfe übertragen. Für die Stadt Halle hat das zur Konsequenz, dass die Sozialagentur über die Ausgestaltung der Leistung der Eingliederungshilfe für Suchtkranke nach § 54 SGB XII Ambulant Betreuten Wohnen entscheidet.

Durch die Forderung, absolute Abstinenz nachzuweisen, ist 2005 die Zahl der Klienten, die ABW beanspruchen können, erheblich zurückgegangen.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, wie die Zusammenarbeit mit den Ärzten läuft und wie sieht es mit der Zusammenarbeit in den JVA aus?

Die Zusammenarbeit mit den Suchtmedizinern läuft wohl recht gut, teilt **Frau Günther** mit. Das heißt aber nicht, dass jeder Mediziner im Einzelfall einen Suchtmediziner mit einschaltet.

**Frau Günther** teilt mit, dass ihrerseits nochmals die Leitungen der Anstalten angeschrieben wurden, um Angebote zu unterbreiten.

1 JVA hat gar nicht reagiert (Halle 3).

Gemeldet hat sich JVA 2.

JVA 1 liegt Schreiben vor, hier liegt aber keine Offenheit zum Gespräch vor.

Ein **Mitglied (StR)** geht auf das Gesundheitsmanagement ein und fragt, wie die Zahl von 87% der sich bekannten Nichtraucher aus der Befragung der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung zu werten ist. Diese Zahl scheint sehr unrealistisch.

Wer überprüft die Betriebsstättenverordnung (§5)?

**Frau Günther** stimmt hier der Wortmeldung zu und denkt auch, dass die ermittelten 87% übertrieben erscheinen.

Die Überprüfung der Betriebsstättenverordnung obliegt der Oberbürgermeisterin.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, inwieweit es eine Zusammenarbeit mit den Kassen gibt.

**Frau Günther** teilt hierzu mit, dass dies immer auf die Einzelfälle abzustellen sei, kein konkretes Ziel besteht aber jedoch eine Zusammenarbeit erfolgt und angestrebt wird.

Ein **Mitglied (StR)** findet es sehr positiv, dass keine offene Drogenszene in Halle existiert. Dies ist als ein Erfolg aller Beteiligten zu verzeichnen.

**Frau Günther** antwortet hierauf, dass dies durch die gute Zusammenarbeit mit der Polizei und der Sozialen Dienste (insbesondere des ASD), vor allem auf der Silberhöhe, zurückzuführen sei.

Drogenkonsum findet vorwiegend in Wohnungen statt.

Ein **Mitglied (Freier Träger)** spricht hier das Thema „Rauchfreier Schulhof“ an.

Wäre hier nicht zu überlegen evtl. in den Schulen über Raucherinseln nachzudenken.

Denn wird ein generelles Rauchverbot ausgesprochen besteht die Gefahr, dass die Schüler das Schulgelände komplett verlassen und somit nicht mehr unter Aufsicht stehen.

Ein weiteres Problem ist der Alkoholkonsum an Schulen.

**Frau Günther** teilt mit, dass sie den Auftrag von der Oberbürgermeisterin Frau Szabados erhalten hat sich in die Pro-Aktiven-Systeme einzuklinken um hier über die Sozialräume Kontakte mit den Schulen aufzunehmen.

**Frau Hanna Haupt** bedankt sich für die Vorstellung bei Frau Günther.

Der Jahresbericht wird durch den Jugendhilfeausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen.

**zu 7.2 Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kernfragen - Vorlage: IV/2007/06304**

**Frau Hanna Haupt** verweist darauf, dass die 1. Lesung der Vorlage im Jugendhilfeausschuss am 12.04.2007 erfolgte. Hieraus erging der Auftrag, dass die Verwaltung die Anlage 1 überarbeiten wird. Die Anlage 1 wurde überarbeitet und im Deckblatt der dritte Beschlussvorschlag eingearbeitet.

Ein **Mitglied (StR)** verweist auf Seite 5 Pkt.3 und fragt an, warum man nicht formuliert „alle Familien“?

**Herr Rochau** merkt hierzu an, dass die Begriffsdefinition der Familie auf Seite 3 der Vorlage erfolgte.

Ein **Mitglied (StR)** bemerkt, dass der Punkt 3 in Anlage 1 verwirrend ist.

**Herr Godenrath (StR)** stellt den Antrag in Anlage 1 Punkt 3 zu streichen.

**Frau Hanna Haupt** bittet hier um Abstimmung zum Antrag des Stadtratmitgliedes.

Ergebnis:	Zustimmung	2
	Gegenstimmen	8
	Enthaltungen	4

Der Antrag wird somit abgelehnt und der Punkt 3 in der Anlage 1 bleibt bestehen.

Über die Beschlussvorschläge 1 bis 3 wird einzeln abgestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte über die Beschlussvorschläge 1 bis 3 einzeln ab.

zu 1.	Zustimmung:	13
	Gegenstimmen:	/
	Enthaltungen:	2

zu 2. **Einstimmig** zugestimmt

zu 3. **Einstimmig** zugestimmt

Der Jugendhilfeausschuss stimmte somit der Beschlussvorlage zu.

**zu 8 Stand zum "Fanprojekt" der Stadt Halle (Saale)  
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Fachbereich  
Kinder, Jugend und Familie**

**Frau Hanna Haupt** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kluge vom Fan-Projekt und Herrn Müller vom Fachbereich 32.

**Herr Kluge** stellt das Fan-Projekt in einer Power- Point-Präsentation vor und führt über den aktuellen Stand aus.

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ein **Mitglied (StR)** fragt an wie die Finanzierung erfolgt.

**Herr Kluge** teilt mit, dass diese durch eine 1/3 Finanzierung erfolgt durch den DFB, das Ministerium und die Stadt Halle (Saale).

Ein **Mitglied (StR)** fragt an, ob durch das Fan-Projekt alle Fans betreut werden oder kommt man an bestimmte Gruppen nicht ran?

Um an alle Gruppen heranzukommen wurde der Fan-Beirat gegründet. Hauptzielgruppe sind jedoch die „jungen Ultras“ teilt **Herr Kluge** mit.

Ein **Mitglied (Freier Träger)** regt an, die Fans auch nach den Fahrten von Spielen weiter zu betreuen.

**Herr Rochau** erklärt hierzu, dass es sich bei den Mitarbeitern um lediglich 1,5 Stellen für das Fan-Projekt handelt und diese Mitarbeiter bereits über das Maß hinaus engagiert sind. Ein Ausschluss aller Problemlagen ist nicht möglich.

**Frau Hanna Haupt** bedankt sich für die Vorstellung und Ausführungen.

**zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge vor.

**zu 10 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

**Frau Petra Meißner** fragt an, warum der Wasserspielplatz in Heide Süd kein Wasser hat.

**Die Verwaltung** wird dies prüfen und in der nächsten Sitzung berichten.

**Herr Godenrath** fragt zum Stand des Lokalen Aktionsplanes an.

**Herr Rochau antwortete**, dass der Begleitausschuss gegründet wurde. Dieser hat in seiner letzten Sitzung über Mikroprojekte entschieden.

Für das Jahr 2007 wurden im Begleitausschuss über entsprechende Mittel entschieden.

**Frau Gellert** fragt an, warum für Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche Gebühren über das Grünflächenamt zur Nutzung von Grünflächen erhoben werden. Sollte dies so praktiziert werden, stehen einige Veranstaltungen in Frag, da diese Gelder nicht eingeplant wurden.

Frau Gellert bitte um eine dringende schnelle Prüfung.

**Herr Rochau** wird dieses Anliegen unter dem Fokus der Kinder- und Jugendarbeit schnellstmöglich prüfen.

#### **zu 11 Anregungen**

Es lagen keine Anregungen vor.

#### **zu 12 Mitteilungen**

**Herr Rochau** teilt mit, dass die Aufträge aus dem Jugendhilfeausschuss vom 12. April 2007 betr. Spielplätze erledigt wurden.  
Er stellt dies schriftlich zur Verfügung.

Gez. Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

L. Rochau  
Fachbereichsleiter

A. Schneller-Panier  
Protokollantin